

Wettbewerbsfähigkeit sichern, Regulierung neu ausrichten **pro-K sendet Wake-up-call an Bundesregierung**

Frankfurt am Main, 21. April 2026. Der pro-K Industrieverband hat sich heute in einem offenen Brief an Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche, CDU, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Armand Zorn, u.a. zuständig für Wirtschaft und Energie, gewandt. Anlass ist die zunehmend angespannte Lage der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Deutschland, die sich durch eine einseitig belastende Regulierung, hohe Energiepreise und wachsende geopolitische Risiken weiter verschärft.

Im Zentrum des Schreibens steht ein klarer Appell: Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene entschlossen für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie einsetzen und bestehende Fehlentwicklungen korrigieren. Dazu zählen insbesondere die Herstellung eines echten Level Playing Field zwischen europäischen Herstellern und Importeuren, eine wissenschaftsbasierte und differenzierte Regulierung, der Abbau unnötiger Bürokratie sowie eine deutliche Stärkung der Marktüberwachung und Importkontrollen.

„Die Kunststoff verarbeitende Industrie ist ein zentraler Bestandteil industrieller Wertschöpfung in Deutschland und Europa. Wenn ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter geschwächt wird, hat das Auswirkungen weit über die Branche hinaus“, betont pro-K Geschäftsführer Sven Weihe.

Verband benennt konkrete Handlungsfelder

Im PFAS-Beschränkungsverfahren droht ein Pauschalverbot von Fluorpolymeren, die essenziell für zahlreiche Hochtechnologie- und Sicherheitsanwendungen sind, Schlüsselindustrien in Europa zu gefährden. Gleichzeitig werden diese Materialien in anderen Weltregionen differenziert bewertet und weiterhin eingesetzt.

Die Mikroplastikverordnung belastet die Kunststoff verarbeitende Industrie mit umfangreichen Berichtspflichten, obwohl ihr Beitrag zum Mikroplastikeintrag gering ist und bereits funktionierende freiwillige Initiativen existieren. Der zusätzliche bürokratische Aufwand steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Umweltnutzen.

Im Bereich der Product-Compliance bei Lebensmittelbedarfsgegenständen verschärft sich die Situation durch unzureichende Marktüberwachung.

PRESSEINFORMATION

Pressekontakt
Dr. Patrick Kohlas
Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

☎ +49 (0)69 4089 555 46
✉ patrick.kohlas@pro-kunststoff.de
www.pro-kunststoff.de



Nicht-konforme Importprodukte – häufig über Online-Plattformen vertrieben – verdrängen regelkonforme EU-Produkte und gefährden zugleich den Verbraucher- und Gesundheitsschutz.

Zusätzlich verschärfen aktuelle geopolitische Entwicklungen, insbesondere die Krise im Nahen Osten, die Lage weiter. Gestörte Lieferketten, steigende Rohstoffpreise und zunehmende Unsicherheiten im internationalen Handel treffen eine Branche, die bereits unter erheblichem Kostendruck steht.

Vor diesem Hintergrund fordert pro-K ein entschiedenes politisches Gegensteuern. Mit dem Wake-up-call verbindet der Verband die klare Erwartung, dass die Bundesregierung die industriepolitischen Herausforderungen erkennt und auf europäischer Ebene aktiv adressiert. Ziel muss es sein, verlässliche und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen, die Investitionen ermöglichen und den Industriestandort Deutschland nachhaltig sichern.

Über pro-K

Als Trägerverband des Gesamtverbands Kunststoffverarbeitenden Industrie e.V. (GKV) vertritt der pro-K Industrieverband langlebige Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme e.V. als Spitzenverband die Hersteller von Konsum- und Halbfertigprodukten aus Kunststoff gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Pressekontakt

Dr. Patrick Kohlas
Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

☎ +49 (0)69 4089 555 46

✉ patrick.kohlas@pro-kunststoff.de
www.pro-kunststoff.de